

NSDAP bestimmt Vollstumsarbeit

Gauleiter Koch vor dem Bund Deutscher Osten.

Auf der Otttagung des Bundes Deutscher Osten in Allenstein würdigte Gauleiter Erich Koch das Freundschaftsabkommen zwischen Deutschland und Polen und stellte dabei fest, daß gerade dieses Abkommen einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Verhältnisse in Ostpreußen ist. Der Gauleiter stellte den absoluten Führungsanspruch der NSDAP auch in der Vollstumsarbeit heraus. Nur ein einziger Faktor sei in der Lage, die Initiative auf diesem Gebiet zu übernehmen und die Linie zu bestimmen, auf der diese Arbeit vorwärtsgetrieben werden sollte: die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Der Gauleiter forderte aus diesem Gebiet rücksichtlose Gefolgschaft.

Erneut wies Gauleiter Erich Koch auf die großen gemeinsamen Aufgaben hin, die den beiden Nationen Deutschland und Polen gestellt worden seien, gemeinsames Bollwerk gegen den anfließenden Bolschewismus zu sein. Auf die Arbeit des Bundes Deutscher Osten eingehend, erklärte der Gauleiter, daß für die Zukunft eine Verstärkung der vollständigen Arbeit zu erwarten sei.

Im Anschluß an die zweitägige Arbeitstagung in Allenstein findet eine Grenzlandfahrt von Allenstein über Tannenberg, Neubud, Marienwerder nach Marienburg statt.

Reichsminister Darre in Ostpreußen

Der Reichsbauernführer und Reichsminister R. Walther Darre benutzte seinen Ostpreußenbesuch, um sich über die verschiedensten landwirtschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen Ostpreußens durch eine Reihe von Besichtigungen persönlich zu unterrichten. Außerdem hatte der Reichsbauernführer noch eingehende Besprechungen mit dem Gauleiter Koch, wobei besonders die Frage einer Überwindung der Marktferne, die Möglichkeiten eines weiteren Ausbaues landwirtschaftlicher Verarbeitungsbetriebe, der Arbeitsmarkt in Ostpreußen, die Kreditfrage und Einzelheiten der Marktordnung in Ostpreußen eingehend besprochen wurden.

Beamtenhaft und Volk

Bericht des Ersten Deutschen Beamtenages.

Im Anschluß an Reichsminister Dr. Ohnsorge sprach als letzter Redner auf dem Ersten Deutschen Beamtenag Gauleiter Staatsminister Adolf Wagner. Er wies daran hin, daß es für einen deutschen Beamten nie eine glücklichere Zeit gegeben habe als in diesem Deutschland Adolf Hitlers. Früher habe man den Beamten als notwendiges Nebel betrachtet. Heute dagegen sei ihm ein Dienst übertragen, wie er schöner niemals bestanden habe. Den politischen Hoheitsträger und den Beamten verbinde etwas Gemeines, nämlich ihre Aufgabe, das Volk zu sichern, ihm zu dienen und dem Volksgenossen bester Kamerad zu sein. Der Führer besitzt heute das Vertrauen der 68 Millionen. Diesem Vertrauen muß das Vertrauen an den Hoheitsträger und dem Beamten folgen, daß sich jeder einzelne Amtsträger der Bewegung und des Staates für sich eklämpfen müsse.

Der Finanzbeamte heller der Bevölkerung

Bei der Amtseinführung des neuen Oberfinanzpräsidenten des Landesfinanzamtes Würzburg Dr. Heymann, erklärte Reichsfinanzminister Graf Scherzer von Krofta, die Tätigkeit des Finanzbeamten bringe es mit sich, daß er nicht zu den beliebtesten Amtsviertetern zähle. Da der Führer aber entschlossen sei, den gewaltigen Aufbau eines neuen mächtigen Reiches noch durch unsere Generation zu vollziehen, so seien Opfer materieller Art unvermeidlich. Je sinnbarer sie für den einzelnen seien, um so größer müsse der Aufwand zu einem gerechten Ausgleich der Lasten im Volk verwurzelt sein. Hier hängt viel von der persönlichen Haltung des Finanzbeamten im Berthe mit dem Steuerzahler ab. Nicht als Büttel und Qualgeist solle er in der Bevölkerung empfunden werden, sondern als Helfer und Berater. Die Beamtenschaft in diesem Sinne zu erzielen, sei eine der wichtigsten Aufgaben des Oberfinanzpräsidenten.

Blomberg übergibt neue Fahnen

In Wiesbaden und Hannover.

Der Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Generalfeldmarschall von Blomberg, begibt sich am 26. Oktober nach Wiesbaden zur Übergabe der neuen Fahnen und Standarten an Abordnungen der Truppenteile des V., IX., XII. und XIII. Armeekorps und der 2. Panzer-Division. Am darauffolgenden Tage wird der Reichskriegsminister in Hannover an Abordnungen der Truppenteile des X. und XI. Armeekorps und der 1. Panzer-Division gleichfalls die neuen Fahnen und Standarten übergeben.

Der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Freiherr von Fritsch, wird in den nächsten Wochen seinen üblichen Jahresurlaub antreten. Wie man hört, hat er die Absicht, sich nach Ägypten zu begeben.

Kameradschaftsbund gegen Bürokratie

Der Postbeamte im Dienst der Gemeinschaft.

Der letzte Tag des Ersten Deutschen Beamtenages im Kongressaal des Deutschen Museums erhielt besonders Bedeutung durch eine große richtungweisende Rede des Reichspostministers Dr. Ohnsorge. Der Minister entwischte am Beispiel der Deutschen Reichspost die Problematik des deutschen Beamtenums, die sich nach der Machtübernahme zeigte. Er habe sich entschlossen, einen vollkommen neuen Weg zu gehen, den des engen Kameradschaftsbundes, wie er für ein vertrauensvolles Arbeiten und Zusammenarbeiten und für die Erringung von Hochleistungen unerlässlich sei.

Wie die jenseitigen Bestrebungen des Marxismus auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens dahin gegangen waren, Aufgaben des Staates diesem zu entziehen und damit den Staat immer mehr zu atomisieren, so sei in der Zeit des Verfalls auch für die Reichspost die Fortbewegung nach Primitivierung aufgestellt worden. Zur Erhaltung des Vertrauens des Volkes, so sagte der Minister, ist es erforderlich, daß für die Personen, die die Nachrichten zu übermitteln haben, unbedingte Garantie geleistet wird. „In einer solchen Garantie ist aber auch nur der Staat befähigt, denn dessen ureigener Will ist es ja, für die Erhaltung und Förderung der Gemeinschaft der Volksgenossen zu sorgen und damit alle die Gemeinschaftsbindenden Ustzstände zu befestigen und die Gemeinschaftsfördernden zu stützen.“

Reichspostminister Ohnsorge betonte deshalb: „Die Frage, ob das Postwesen vom Staat verwaltet oder aber der privaten Hand überlassen werden soll, ist weder eine rechtliche, noch eine volkswirtschaftliche, sondern eine rein politische.“

Stützen der Staatsführung

Dr. Fric über die Leistungssteigerung der Gemeinden

Im Anschluß an die Eröffnung einer Ausstellung der böhmisches Grenzlandgemeinden sprach Reichsinnenminister Dr. Fric auf einer Großlandtagung der böhmisches Kommunalvertreter in Karlsruhe. Der Minister ging davon aus, daß die natürlichen Ressourcen unseres Volkes eine Entwicklung auch im engeren Bereich verlangen. Das sei die Auffassung, die Datein und Wirkungsgrad der gemeindlichen Selbstverwaltung im nationalsozialistischen Staat bestimme. Es kommt darauf an, die in der Gemeinschaft „Gemeinde“ liegenden Kräfte zur vollen Entfaltung zu bringen. Im Zusammenhang damit verwies der Minister darauf, daß die Ansprünge aller Kräfte, die im Rahmen des Bierjahresplanes von jedem einzeln verlangt werden, auch an unseren Gemeinden nicht spurlos vorübergehen. Auch sie müssen ihre Leistungen zum Höchstmaß steigern. Es gelte dabei insbesondere ein wirklich schlagkräftiges, nach jeder Richtung einfaßbares Mittel der Staatsführung zu schaffen. Die Gemeindearbeit müsse ihre Ergänzung finden in einer weiteren kommunalen Organisation, die wir in fast allen deutschen Ländern in der Gestalt der 2. und 3. Stufe finden. Die Landkreise in Deutschland hätten sich bewährt und würden auch in Zukunft ihre volle Bedeutung behalten. Wege der Leistungssteigerung seien nicht nur in dem Ausbau der über den Gemeinden stehenden kommunalen Organisationen zu suchen, sie müßten vor allem in der Gemeinde selbst gefunden werden.

Hilfen für den Bürgermeister

„Ich habe“, so führte der Minister weiter aus, „anlässlich des Reichsparteitages der Arbeit einmal betont, daß wir bei einem Rückblick auf die Leistungen nationalsozialistischer Gemeindepolitik in den letzten vier Jahren mit Recht stolz sein dürfen. Wir alle zusammen haben erreicht, was in unseren Städten stand. Dabei sind wir aber keineswegs so überheblich, diese Leistungen als vollkommen hinzustellen und sie keiner Besserung mehr für fähig zu halten. Wir wissen vielmehr nur zu gut, daß noch an zahlreichen Stellen bessere Hand angelegt werden muss. Und wir sind gewillt, die Folgerungen aus dieser Erkenntnis zu ziehen. Es muß und wird uns gelingen, den ehrenamtlichen Bürgermeister, an dem wir gründlich festhalten, von dem Nebenamt der vielfältigen Aufgaben zu entlasten, die im wesentlichen auf dem Gebiete des technischen Verwaltungsaufbaus liegen. Wir müssen ihm Hilfe an die Hand geben, die diese Arbeit an seiner Stelle erleichtert.“

Der Bürgermeister soll damit das werden, was er im besten Sinne sein soll: Vater und Führer seiner Gemeinde, der seine Kraft nicht mit der Ausführung von Statistiken verbraucht, so wichtig sie auch sein mögen, sondern die Gemeinschaft, die ihm anvertraut ist, zusammenhält, ihre Aufgaben bestimmt und ihre Durchführung schert. Darin erhebt sich eine durchaus organische Lösung, die dem Bürgermeister das gibt, was seines Amtes ist, die aber auch der Staatsführung die Gewissheit schert, daß Führung und technische Verwaltung des flachen Landes zuverlässige und fähige Stützen an den untersten Stufen des Staatsbaus sind.“

In den Fragen der gemeindlichen Personalpolitik verteidigt der Minister die Auffassung, daß, wie man an der Front nur das beste Soldatenmaterial sieht, so auch für den Dienst in der Gemeinde

Die besten Kräfte gerade gut genug

finden. Es gelte also, die besten deutschen Männer für diesen Dienst auszuwählen. Es gelte aber ferner, sie durch stetige

Schulung „in Form“ zu halten. Beide Voraussetzungen seien in gleicher Weise bei den Bürgermeistern, bei den Gemeinderäten, wie bei den sonstigen Beamten der Gemeinde gegeben. Wer in den hauptamtlichen Gemeindedienst hineinwolle, dessen Berufung und Fähigkeit werde durch einen gut überlegten Ausbildungsgang überprüft, der in den Richtlinien des deutschen Gemeindetages seine Festlegung erfahren habe.

„Ob man Charakter in des Wortes umfassendster Bedeutung hat, ob man gewillt ist, die erforderlichen Fähigkeiten zu erwerben, das hat jeder, der heute in den Gemeindedienst eintritt, zunächst zu beweisen. Hier liegt eine wesentliche Voraussetzung für das, was ich vorhin als Leistungssteigerung in den Gemeinden bezeichnete. Wer so herausgestellt wird, wie der deutsche Bürgermeister, wenn eine solche umfangreiche Verantwortung angewiesen ist wie ihm, der kann nur der beste Mann sein, der für dieses Amt überhaupt zu finden ist. Jede Verlegenheitslösung muß hier unter allen Umständen ausbleiben.“

Bei dem Bürgermeister müssen sich unbedingt Hingabe an den nationalsozialistischen Staat und an die nationalsozialistische Idee, Berufsein zum Führer, charakterliche Loyalität, ein unbedingt vorbildlicher Lebenswandel und ein Höchstmaß von Erfahrung und sachlichem Können paaren. Keine dieser Eigenschaften und Fähigkeiten darf fehlen, soll der Bürgermeister wirklich das sein, was die Deutsche Gemeindeverwaltung voraus sieht, der verantwortliche Führer seiner Gemeinde!“

Das gilt, so betonte der Minister, für die hauptamtlichen Bürgermeister nicht weniger als für die ehrenamtlichen. Es sei deshalb eine schwere Verantwortung der Parteidienststellen und der staatlichen Behörden, bei der Auslese stets den rechten Mann an den richtigen Platz zu bringen. Hier geht es um Bewahrung und Leistung der Selbstverwaltung überhaupt. Zu der Auslese müsse hinzukommen

die jetzige Schulung

Der Beamte der heutigen Zeit sei in die Jahre gestellt, in denen sich ein Umbruch unseres ganzen Staats- und Rechtslebens vollziehe. Für ihn könne es deshalb nicht genügen, von seinem Wissensstock zu ziehen. Er habe vielmehr die Pflicht, ständiger Weiterarbeit an sich selbst, wolle er die von ihm getroffenen Verhältnisse vollbringen.

So sehr ich, führte der Minister weiter aus, insgesamt in der Auslese und in der Schulungsmäßigen Führung des für den Gemeindedienst berufenen Personalkreises wohl die stärksten Anfangspunkte für die von uns erstrebte Leistungssteigerung. Es ist und bleibt eine Wahrheit:

Die Verwaltung der Gemeinden ist stets so gut und so schlecht, wie die in ihr tätigen Persönlichkeiten!

Am Schlus seiner Rede beschäftigte sich der Minister noch mit dem Verhältnis der Gemeinde zum Staat und stellte dabei besonders die Seite des Staatsaufsichts heraus, die in der Betreuung und Förderung der überwachten Körperschaft besteht. Der Minister schloß mit den Worten:

„Wir wissen und einig in einem Ziel: Wir wollen der deutschen gemeindlichen Selbstverwaltung den Platz in unserem Volks- und Staatsleben sichern, der ihr aus der Naturgegebenheit zukommt, weil wir glauben, daß wir damit einen Dienst an der Gemeinschaft unseres Volkes leisten. Wir sind bestellt von dem gleichen Willen: Wir sehen all unsere Kraft ein, um die Leistung dieser Selbstverwaltung immer mehr zu heiligen, weil wir uns bewußt sind, daß damit unser Führer Adolf Hitler zu dienen.“

Es sei ein leichtfertiger Irrtum, zu glauben und zu behaupten, daß der Islam als solcher auf der anderen Seite des Mittelmeeres eine unerschöpfliche Mauer gegen den Kommunismus bilden. In seinen weiteren Ausführungen versicherte Mussolini, daß die muslimischen Missionen in Afrika die gleichen Erleichterungen einnehmen könnten, wie andere Missionen auch. Italien sei zur Respektierung der Verträge bezüglich der Interessen Ägyptens am Tanasee bereit.

Brasilien löst Freimaurerlogen auf

Einschlossenes Vorgehen gegen die überstaatlichen Mächte.

Die brasilianische Bundesregierung, die bekanntlich bereits seit Jahren der kommunistischen Verschwörungsarbeit in Südamerika erfolgreich Widerstand leistet, hat nunmehr ihren Kampf gegen die Bedrohung des nationalen Lebens durch die überstaatlichen Mächte auch auf die Freimaurerlogen ausgedehnt. Sie hat die Auflösung sämtlicher Freimaurerlogen in Brasilien angeordnet.

Wilhs England-Reise beendet

Dank für die freundliche Aufnahme.

Die zur Zeit in England weilende deutsche Fliegerabordnung schloß ihre Besichtigungen ab. Staatssekretär General der Flieger Wilhs nahm die Gelegenheit zum Meinungsaustausch über die allgemeine politische Lage und die die beiden Länder besonders interessierenden Fragen gab. Im Anschluß an die Aussprache gaben der Reichsminister und Freiherr von Neurath zu Ehren des finnischen Gastes ein Frühstück. Am Nachmittag legte Minister Holst am Ehrenmal einen Kranz nieder. Dann folgte Außenminister Holst der Einladung von Reichsleiter Rosenberg und besichtigte das außenpolitische Schulungshaus der NSDAP. Am Abend hatte der finnische Gesandte zu einem Essen zu Ehren des Außenministers Holst gebeten, an dem der Reichsminister des Auswärtigen, Freiherr von Neurath, teilnahm.

Wirtschaftsabkommen mit Estland

Die in der Zeit vom 15. Oktober bis 24. Oktober 1937 in Reval geführten deutsch-estnischen Wirtschaftsverhandlungen haben mit der Unterzeichnung eines Zusatzabkommen zum deutsch-estnischen Handelsvertrag und zum deutsch-estnischen Warenabkommen sowie eines Verrechnungsabkommen ihren Abschluß gefunden.

Die Verhandlungen wurden in freundschaftlichem Geiste und mit beiderseitigem großen Verständnis für die wirtschaftlichen Belange des Vertragspartners geführt. Der für das Jahr 1938 festgelegte Rahmen für den gegenseitigen Warenverkehr läßt eine weitere günstige Entwicklung erwarten. Insbesondere konnte eine vermehrte Ausfuhr estnischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach Deutschland vorgesehen werden.

Italiens Stellung zu Ägypten

Bei Gegenseitigkeit zu Garantien bereit

Die ägyptische Zeitung „Al Misri“ veröffentlichte ein Interview seines Direktors mit Mussolini. Der italienische Regierungschef äußerte sich darin über die Beziehungen zwischen Italien und Ägypten. Wie schon mehrfach betont, seien die Ägyptischen Italiens gegenüber Ägypten völlig friedlich und freundschaftlich. Italien sei bereit, hierfür auch Garantien zu geben, wenn diese auf Gegenseitigkeit beruhen.

Italiens Mittelmeerpoltik zielt auf Frieden und Zusammenarbeit mit allen anderen Mächten ab, aber es werde nicht dulden, daß der Kommunismus sich im Mittelmeerraum ausbreite.

March zum Führerhaus

Die Teilnehmer am Beamtenag in Berchtesgaden.

Der Erste Deutsche Beamtenag, der in der vergangenen Woche über 2000 Politische Leiter des Hauptamtes für Beamt in der Hauptstadt der Bewegung vereint hatte, sandte mit einer großen Fahrt nach Berchtesgaden und einem Marsch zum Führerhaus auf dem Obersalzberg seinen Abschluß.

In hunderter großer Reisebusse fuhren die Tagungsteilnehmer nach Berchtesgaden, wo sie auf das Herzlich empfangen wurden. Nach einem gemeinsamen Mittagessen aus Feldküchen traten die 2000 Teilnehmer einstündigen Marsch zum Haus des Führers auf dem Obersalzberg an. Gruppenweise wurden sie an dem Haus vorbeigeführt. Nach einer Besichtigung der Sehenswürdigkeiten Berchtesgadens fuhren sie in einer endlosen Wagenkolonne wieder nach München zurück.